

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen**

72. Sitzung  
25. Februar 2016

Beginn: 10.05 Uhr  
Schluss: 12.30 Uhr  
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wir kommen zu

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache 17/2268

**Ankommen – Teilhaben – Bleiben. Flüchtlingspolitik  
für Berlin.**

**Hier: Flüchtlingen mit pädagogischer Qualifikation  
Tätigkeitsfelder in Kita und Schule eröffnen**

[0213](#)

ArbIntFrau

BildJugFam(f)

Dazu ist Frau Stichling dankenswerterweise noch einmal zu uns gekommen, denn beim letzten Mal mussten wir den Tagesordnungspunkt aus zeitlichen Gründen vertagen. Danke, dass Sie noch mal gekommen sind! Herzlich willkommen! – Zur Begründung des Antrages – Frau Breitenbach von der Linken – bitte!

**Elke Breitenbach** (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich glaube, wir alle möchten gern, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche betreut und beschult werden und insgesamt eine gute Bildung erhalten. Das ist derzeit nicht der Fall. Deshalb schlagen wir vor, dass Flüchtlingen mit pädagogischen Qualifikationen der Zugang zu Arbeit ermöglicht wird. Wir

möchten, dass der Senat prüft, wie das geschehen kann, also in die Prüfung mit einbezieht, welche Wege es möglicherweise für einen Seiteneinstieg gibt. Das Anliegen ist, dass diese Menschen schnell in Kitas, Jugend- und Kindereinrichtungen, aber auch in Schulen tätig werden können.

Es gibt offensichtlich eine ganze Reihe von Menschen, die in diesen Bereichen entsprechende Qualifikationen und Berufsabschlüsse mitbringen, die aber nicht immer, um nicht zu sagen selten, anerkannt werden, vor allem im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer. Eigentlich sind das aber Menschen, deren Kompetenzen gesucht werden. Wir suchen in dieser Stadt händeringend Erzieherinnen, Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen. Wir haben hier einen Mangel, und auf der anderen Seite sitzen Menschen in den Unterkünften, die Qualifikationen mitbringen, und es wird nichts oder zu wenig getan, dass sie einen schnellen Zugang zu dieser Arbeit haben – deshalb unser Antrag.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Für den Senat – Frau Stichling, bitte sehr!

**Medi Marion Stichling** (SenBildJugWiss): Guten Tag, sehr verehrte Damen und Herren! Es gab zu Ihrem Antrag eine Stellungnahme aus unserer Verwaltung, die dahingehend eine Aussage gibt, dass die rechtlichen Grundlagen für den Zugang in die pädagogischen Arbeitsfelder klar geregelt sind. Diese gelten natürlich auch für die ausländischen Abschlüsse, so sie denn anerkannt werden. Ansonsten ist es so, dass es für alle Berufsfelder Quereinstiegsregelungen gibt, die ebenfalls für die ausländischen Abschlüsse angewendet werden können.

Das Problem ist, das hat Frau Senatorin Kolat letztes Mal schon in der Aktuellen Viertelstunde gesagt, dass wir keinerlei Erfahrungen mit den Abschlüssen haben, die diese Menschen mitbringen. Ich habe bei allen Stellen nachgefragt – beim IQ Netzwerk, bei unseren Zeugnisanerkennungsstellen, bei der Anerkennungsstelle in meinem Bereich für sozialpädagogische Abschlüsse –: Bisher sind diese Menschen bei uns nicht aufgelaufen. Es gibt ganz wenige Abschlüsse aus den vergangenen Jahren, zum Beispiel irakische. Das sind grundschulpädagogische Abschlüsse, Ausbildungen, die die mitbringen. Vergleichbares wie unsere Erzieher/-innenausbildung gibt es meines Wissens nicht. Wir sind aber dabei zu klären, was für Abschlüsse die mitbringen. Ich habe die Aussage aus der Erstaufnahmestelle in der Bundesallee, wo die Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsagentur sitzen und erste Gespräche mit den Menschen führen, dass von 1 100 dort registrierten Flüchtlingen acht mit pädagogischen Vorkompetenzen identifiziert wurden.

Wir wollen, so wir diese Menschen erreichen, selbstverständlich alle Wege gehen, die wir mit diesen pädagogischen Abschlüssen gehen können. Wir haben gerade in Zusammenarbeit mit dem IQ Netzwerk und einer Fachschule für Sozialpädagogik für Menschen mit pädagogischen Abschlüssen eine Anpassungsqualifizierung entwickeln lassen. Es gibt bereits eine Ausbildung an der Anna-Freud-Schule. Die ist nicht aktuell für Flüchtlinge eingerichtet, aber natürlich nutzbar für Flüchtlinge, die einen pädagogischen, nicht anererkennungsfähigen Hochschulabschluss haben. Die können unter Anrechnung von bis zu einem Jahr eine zweijährige Ausbildung machen und so die staatliche Anerkennung als Erzieherin/Erzieher erreichen.

Das Problem bei all dem ist die Sprache. 10 Prozent von 1 200 Menschen bringen deutsche Sprachkenntnisse mit, wobei nicht bekannt ist, auf welchem Niveau diese Sprachkenntnisse sind. Zuallererst müssen Sprachqualifizierungen erfolgen. Ganz ohne Sprachkenntnisse geht

es einfach nicht, denn es nützt nichts, wenn sich die Menschen nicht mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Team verständigen können. Ich gehe davon aus, dass erst mal ein halbes Jahr Sprachqualifizierung erfolgen muss, bevor die dann in Anpassungsqualifizierungen oder Ausbildung gehen können.

Ein weiteres Problem sind die Führungszeugnisse. Wir müssen noch klären, wie wir damit umgehen. Wir haben die Vorschrift, dass alle, die in der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, ein Führungszeugnis vorlegen müssen. Das haben die Flüchtlinge selbstverständlich nicht, sie kriegen es auch nicht. Wenn sie hier möglichst bald in Arbeit kommen sollen, sind wir dabei zu klären, wie wir damit umgehen können. – So weit erst mal von mir.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Stichling! – Herr Dregger, bitte sehr!

**Burkard Dregger** (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Als ich den Antrag gelesen habe, hat sich mir sofort aufgedrängt, dass ausgerechnet in Willkommensklassen Flüchtlinge ohne deutsche Sprachkenntnisse tätig werden sollen. Der einzige Sinn dieser Willkommensklassen ist, dass die Kinder Deutsch lernen, damit sie in den Regelunterricht wechseln können. Dann ist das nicht zielführend. Es ist erst dann zielführend, wenn ein deutsches Sprachniveau erreicht ist, das so gut ist, dass Flüchtlingskinder, die in den Willkommensklassen sitzen, davon profitieren und Deutsch lernen können. Wenn wir dort Pädagogen einsetzen, die den Flüchtlingskindern die deutsche Sprache nicht beibringen können, dann führen wir die Willkommensklassen ad absurdum, weil sie keinen anderen Zweck haben, als die Kinder so zu stärken, dass sie in den Regelunterricht wechseln können.

Deswegen ist es schlichtweg falsch, was Sie beantragen. Es ist zurückzuweisen, es ist fehlerhaft und schädlich. Ich kann deswegen keine Sympathie für diesen Antrag empfinden. Ich konstatiere Ihnen gern, dass Sie natürlich alles versuchen wollen, um erwachsene Flüchtlinge mit pädagogischen Kompetenzen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, aber dass Sie ausgerechnet nicht nur bei den Willkommensklassen, sondern auch bei Kitas, wo es auch um Sprachstärkung geht, dies versuchen! Wir haben bereits genug Kinder im Land leben, die mangelnde Sprachkompetenzen in die Kita mitbringen. Wir sind dankbar, dass sie in die Kita gehen, weil es eine Chance ist, ihre Sprachdefizite aufzuarbeiten. Wenn ich mir vorstelle, dass dort Pädagogen sitzen, die der deutschen Sprache entweder gar nicht mächtig sind, was nach den Zahlen, die wir gerade gehört haben, bei 992 von 1 000 der Fall ist, oder die unklare Sprachkompetenzen haben, ist das schlichtweg nicht zielführend, und ich kann deswegen meine Zustimmung nicht gewähren. – Danke!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Bangert, bitte!

**Sabine Bangert** (GRÜNE): Herr Dregger! Wann realisieren Sie endlich, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben? Ich finde es unerträglich, immer wieder Ihre Verhinderungsstrategien. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrer Kanzlerin, kann ich dazu nur sagen!

Wir finden den Antrag gut und unterstützen ihn. Wir sehen aber auch die vielen Probleme. Ich halte es zum Beispiel für eine Bereicherung, wenn Menschen mit einer pädagogischen Qualifikation, auch wenn sie noch nicht komplett die deutsche Sprache beherrschen, in Willkommensklassen sind, denn sie können eine Unterstützung für die Kinder sein, wenn sie auch eine muttersprachliche Ansprache haben. Man muss gemeinsames Lernen organisieren, und dann

wird es auch funktionieren. Aber muss endlich mit der Integration anfangen und nicht permanent neue Hürden aufbauen. Herr Dregger! Von Ihnen habe ich bisher noch keinen konkreten Vorschlag gehört, wie Sie Integration bewerkstelligen wollen, immer nur: Das geht nicht und das geht nicht. – Davon müssen Sie allmählich runterkommen, sonst schaffen wir das nicht.

Ich habe eine Frage zu den polizeilichen Führungszeugnissen, denn dieses Thema ist schon seit geraumer Zeit virulent. Die Träger schlagen schon länger Alarm, weil die nicht mal Leute in ein Praktikum in Kitas vermitteln können. Es wäre enorm wichtig, Leuten mit einer entsprechenden Qualifikation, die noch nicht anerkannt ist, die Möglichkeit zu geben, zumindest eine assistierende Tätigkeit in einer Kita oder einer Schule zu übernehmen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass mir Ihre Antwort: Wir prüfen das, wir sind da dran – ein bisschen dünn war. Welche konkreten Maßnahmen unternehmen Sie? Ich glaube, es gibt Möglichkeiten, dass man in Form eines Assessment-Centers oder sonst wie die Tauglichkeit der Menschen überprüft, in diese Bereiche zu gehen. Wir brauchen teilweise in vielen Bereichen sogar ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis. Solche Hürden müssen Sie jetzt beseitigen, und zwar schnell, denn sonst sitzen wir in drei Jahren noch hier und reden über genau die gleichen Probleme. Deshalb wollte ich nachfragen, woran Sie konkret arbeiten, ob es Überlegungen gibt, wie Sie das fehlende polizeiliche Führungszeugnis durch ein anderes Instrument ersetzen wollen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bangert! – Frau Harant, bitte!

**Renate Harant (SPD):** Vielen Dank! – Ich möchte zwei Dinge zurückweisen, zum einen, dass Kinder, die herkommen und Flüchtlingshintergrund haben, nicht beschult werden. Ganz im Gegenteil, wir bemühen uns, alle Kinder, die wie auch die deutschen Kinder der Schulpflicht unterliegen, so schnell wie möglich in den Schulen zu unterrichten und zu fördern. Das geht natürlich nur, wenn bestimmte Gesundheitsprüfungen und Impfungen erfolgt sind. Das wurde hier schon öfter besprochen.

Dass wir viele Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher brauchen, ist richtig. Die suchen wir uns auch, aber wir haben immer noch den Anspruch, dass eine gewisse Qualifikation damit verbunden ist, übrigens eine gerade von den Grünen eingeforderte hohe Qualifikation, die selbstverständlich auch für ausländische Lehrkräfte gilt. Wir haben dafür Möglichkeiten geschaffen. Von einer Verhinderungsstrategie zu sprechen – das halte ich für den falschen Begriff. – [Sabine Bangert (GRÜNE): Ich habe die CDU gemeint! Ich habe ausnahmsweise mal nicht von der Koalition geredet!] – Aber es geht um den Fakt, dass so getan wird, als würde man Menschen, die einen Flüchtlingshintergrund haben, aus unterlauteren Gründen nicht zulassen.

Das wichtigste Argument ist die deutsche Sprache, die das verbindende Glied ist, das wir in der Bildung und in dieser Gesellschaft haben. Ohne Deutsch geht es nicht. Es gibt ganz viele Flüchtlinge mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen, ganz unterschiedlichem Sprachhintergrund. Sie können nicht irgendjemanden, der einen bestimmten arabischen Dialekt oder eine Sprachform beherrscht, in eine Kita bringen, wo ganz viele andere Kinder sind, die diese Erzieherinnen gar nicht verstehen. – [Hakan Taş (LINKE): Sie unterstellen den Menschen grundsätzlich, dass sie nicht in der Lage sind, die Sprache zu lernen!] –

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Herr Taş, entschuldigen Sie bitte! Lassen Sie das sein! Lassen Sie das bitte, Herr Taş! Das ist überhaupt nicht nötig. Sie stehen auf der Redeliste. Lassen Sie das sein! Wir sind doch an einer gesitteten Diskussion interessiert. Frau Harant hat nichts Bösartiges gesagt. – Bitte sehr!

**Renate Harant (SPD):** Ich unterstelle niemandem etwas, sondern ich stelle fest, dass wir in dieser Gesellschaft eine verbindende Verständigungsmöglichkeit brauchen. Das kann nur Deutsch sein. Deswegen ist das A und O, dass wir in den Kitas gute Sprachförderung brauchen. Wir reden von Sprachförderung. Herr Dregger hat es angesprochen: Wir sind ja nicht mal mit den Kenntnissen zufrieden, die Kinder, die hier geboren wurden, oft mitbringen. Wir brauchen wirklich gute Sprachförderung, das heißt, Erzieherinnen, Erzieher und Lehrer und Lehrerinnen, die einwandfrei Deutsch sprechen. Deswegen ist dieses ganze Thema problematisch, und was möglich ist, wird gemacht, das haben wir gehört. Was nicht sinnvoll ist, sollten wir nicht tun. – Danke schön!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Bei mir setzt langsam die Schnappatmung ein. Wenn Sie finden, dass Sie überhaupt gar nichts Schlimmes gesagt haben, sollten Sie vielleicht noch mal in sich gehen. Die – sagen Sie immer, damit meinen Sie offensichtlich die geflüchteten Menschen – könnten die deutsche Sprache nicht, und man wisse ja nicht, was „die“ für Abschlüsse mitbringen. Entschuldigung! In diesem Antrag von uns steht übrigens nicht, dass Eingangsvoraussetzung ist, dass man keine deutsche Sprache spricht. Das steht da nicht drin, sondern im letzten Satz der Begründung steht, dass notwendige Voraussetzungen, um den Antrag umzusetzen sind, die pädagogischen Qualifikationen zu erfassen und notwendige, zusätzliche Weiterbildungsangebote und Sprachkurse anzubieten. Das sind die Voraussetzungen, damit dieser Antrag umgesetzt werden kann. – [Burgunde Grosse (SPD): Machen wir doch, Elke!] – Ja, ja! Jetzt schreien hier alle: Machen wir doch! – Dann werden wir doch mal etwas konkreter. Ich fand nämlich die Antwort nicht sonderlich konkret. Zu sagen: Ich weise zurück –, und dann zu sagen, der Senat sei bemüht, ist, ehrlich gesagt, etwas wenig. Die geflüchteten Menschen kommen nicht erst seit gestern, und es ist mir, ehrlich gesagt, ein Rätsel, aber vielleicht bin ich zu schlicht gestrickt, warum bis heute all die Sachen geprüft werden, die Sie eben genannt haben. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Werden wir mal konkret: Wenn sich der Senat dem Thema schon angenommen hat, können Sie mir doch jetzt bitte mal – – [Zuruf: Des Themas!] – Ja! Übrigens, mich hätte man mit meiner Ausbildung zur Lehrerin gemacht, auch wenn ich nicht perfekt in Deutsch bin. Sehen Sie mal, so unterschiedlich werden Menschen behandelt. Schlaumeier von der SPD! – [Zurufe von der SPD] – Sie sind ein bisschen aufgeregt. Ich hatte ja nicht „Rassismus“ gesagt, dann wäre es gleich unparlamentarisch, aber Ähnliches gedacht.

Sie haben gesagt, es gebe von 1 100 Registrierten acht mit pädagogischen Vorqualifikationen. Sie arbeiten sicherlich sehr eng mit den Beratungsstellen des IQ Netzwerkes zusammen. Können Sie bitte sagen, wie viele entsprechende Beratungen Sie hatten? Ich habe andere Informationen vonseiten der Beratungsstellen. Dazu können Sie sicherlich konkrete Zahlen nennen.

Dann würde mich interessieren, wie viele geflüchtete Menschen bisher beantragt haben, dass ihr im Ausland erworbener Abschluss der Ausbildung Lehrerin/Lehrerin anerkannt wird. Ich würde gern wissen, bei wie vielen der Abschluss anerkannt wurde, bei wie vielen nicht, wie viele Weiterqualifikationsmaßnahmen machen mussten und wie viele von denen letztlich in den entsprechenden pädagogischen Bereichen gelandet sind. Wir können es aber jetzt gern auf Lehrer und Lehrerinnen begrenzen. Diese Zahlen werden Sie sicherlich haben, wenn Sie sich so mit diesem Thema beschäftigt haben. – So weit erst mal.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Frau Dr. Kahlefeld, bitte!

**Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE):** Vielen Dank! – Es wundert mich ein bisschen, dass das, was in der Stadt passiert, nämlich eine bilinguale oder mehrsprachige Unterstützung von Kindern in den Kitas und in den Willkommensklassen, hier noch nicht angekommen ist. Das ist mittlerweile pädagogischer Standard. Die Förderung in der Muttersprache ist selbstverständlich, um gut Deutsch lernen zu können. – So viel erst mal zum Verständnis dessen, was in den Willkommensklassen und in den Kitas zu laufen hat. Ich bin froh, dass die Einrichtungen selbst offensichtlich sehr viel weiter sind als die politische Steuerung.

Vor allen Dingen wundert mich: Warum haben Sie keine Erfahrungen mit der Anerkennung von Grundschullehrerinnen aus dem arabischsprachigen Raum? Das verstehe ich überhaupt gar nicht. Wie haben Sie das geschafft? Es gibt so viele Frauen, die schon lange hier leben, zum Beispiel aus dem Libanon oder sonst woher kommen, die Grundschullehrerinnen sind. Die hätten in den letzten Jahren, bevor die Flüchtlinge kamen, anerkannt werden können und könnten bereitstehen. Wie haben Sie es geschafft, diese Frauen alle vom IQ Netzwerk fernzuhalten? Ich kann es nicht fassen. Es gibt so viele. Es ist ein selbstverständlicher Beruf, Grundschullehrerin zu werden, zum Teil schon mit Fremdsprachenkompetenz, gerade im arabischsprachigen Raum, und diese Frauen könnten jetzt bereitstehen für die Grundschulen. Ich finde die Aussage: Wir haben keine Erfahrungen damit – wirklich ungeheuer. Ich werde immer wieder gefragt, wenn Menschen Probleme mit dem Anerkennungsverfahren haben, weil es offensichtlich so ist, dass die Bildungsverwaltung, die dafür verantwortlich ist, ihren Prüfungsauftrag dahingehend versteht, möglichst herauszubekommen, warum eine Frau nicht anerkannt werden kann, statt zu gucken, was kompatibel ist und eingeschränkt noch gehen würde; das steht auf einem anderen Blatt. Das sind zumindest die wenigen Frauen – es handelt sich bei den konkreten Fällen eher um Personen aus dem osteuropäischen Raum –, die es geschafft haben, mit Ihrem Netzwerk in Kontakt zu kommen. Dass es keine Anerkennung von arabischsprachigen Frauen bisher gibt, ist der Hammer.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Das ist das Ende der ersten Fragerunde, und es folgt die Antwortrunde. – Frau Stichling! Ich glaube, dass die meisten Fragen an Sie gegangen sind. Vielleicht möchte auch die Senatorin antworten. – Bitte sehr!

**Medi Marion Stichling (SenBildJugWiss):** Danke schön! – Als Hauptkomplex habe ich die Fragen identifiziert, die sich auf die pädagogischen Qualifikationen beziehen, die mitgebracht werden. Ich habe jetzt die Zahlen im Einzelnen nicht dabei, aber meine Rückfragen in der Zeugnisanerkennungsstelle beim IQ Netzwerk, in unserer Anerkennungsstelle für die pädagogischen Qualifikation – Erzieherinnen, Kindheitspädagoginnen, soziale Arbeit – haben ergeben, dass die Anfragen, die bis jetzt dort eingegangen sind, im einstelligen Bereich sind. Ich habe nicht abgefragt: arabischer Raum, Frauen im Allgemeinen –, sondern ich habe konkret Syrien,

Irak, Eritrea, Afghanistan abgefragt. Die Rückmeldung ist gewesen, das seien wenige, eine Handvoll. Diese Menschen kommen bei uns einfach nicht an. Ich denke, die jetzt Geflüchteten kommen noch nicht an, weil die noch mit anderen Sachen beschäftigt sind. Wir sind gerade dabei, Wege zu eruieren, wie wir an diese Menschen herankommen, nämlich über diese Sprachkurse, zum Beispiel über den Kontakt mit der Koordinierungsstelle für die VHS-Sprachkurse, Kontakt mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen über die Lernläden, mobile Bildungsberater in die Volkshochschul-Deutschkurse schicken, über die können wir Kontakt aufnehmen. Das sind Sachen, die jetzt gemacht werden. Es wird geprüft, inwieweit wir überhaupt Menschen haben und wie wir sie ansprechen können.

Zum Thema Führungszeugnisse: Das wird jetzt geprüft, das ist so. Ich nehme das mit. Wir sind aber so verstärkt da dran.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Wir kommen zur nächsten Fragerunde. – Herr Taş, bitte!

**Hakan Taş (LINKE):** Danke, Frau Vorsitzende! – Erst mal zu den Führungszeugnissen: In den jeweiligen Herkunftsländern, aus denen die Menschen nach Berlin, nach Deutschland gekommen sind, gab es Führungszeugnisse nicht, und aktuell wird es schwierig sein, so ein Führungszeugnis, was es nicht gegeben hat, dort bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Aber zumindest für die Zeit, in der sie in Berlin, in Deutschland sind – sie können einigermaßen die deutsche Sprache, einige können sie sogar sehr gut – kann selbstverständlich bei den deutschen Behörden, auch hier in Berlin, ein Führungszeugnis beantragt werden.

Liebe Frau Harant, lieber Herr Dregger! Statt Probleme zu lösen, haben Sie heute deutlich gemacht, dass Sie zu noch mehr Problemen beitragen wollen. Frau Kahlefeld ist auf zwei Punkte eingegangen und hat deutlich gemacht, wie wichtig mehrsprachige, zweisprachige Erziehung in Berlin inzwischen geworden ist. Unterstellen Sie den Menschen, die nach Berlin gekommen sind, bitte nicht, dass sie nicht dazu in der Lage seien, die deutsche Sprache zu lernen! Ich bin 1980 nach Berlin gekommen und habe damals auch diese sogenannten Willkommensklassen und andere Maßnahmen für die Eingliederung in die Gesellschaft besucht, und ich kann heute zumindest beweisen, dass ich der deutschen Sprache – ich glaube es zumindest, und ich hoffe, dass Sie das bestätigen können – mächtig bin.

In unserem Antrag wird auf das, was Sie von der Senatsverwaltung gesagt haben, eingegangen. Hier steht ganz deutlich drin: bis hin zu notwendigen, zusätzlichen Weiterbildungsangeboten und Sprachkursen. – Es spricht überhaupt nichts dagegen. Machen wir sie gemeinsam fit, dass sie in der Lage sind, schnell in den jeweiligen Verwaltungen eingesetzt zu werden.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Herr Reinhardt, bitte!

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Ich wollte darauf hinweisen, dass Herr Kollege Dregger häufig den Fokus sehr stark auf formale Fragen lenkt. Herr Kollege Dregger! Sie hatten mit Ihrem kompletten ersten Redebeitrag, wo Sie erklärt haben, warum Sie nicht zustimmen können, die Aufmerksamkeit auf den Nebensatz der dritten Forderung des Antrags der Linken gelenkt, nämlich darauf, dass die Willkommensklassen, der falsche Ort seien, um Menschen, die erst seit Kurzem in Deutschland sind, noch nicht so gut Deutsch können, zu beschäftigen. Aber es gibt hier verschiedene Forderungen: Es geht um die Kitas, um Kinder- und Jugendeinrichtungen, es geht um Schulen. – Dazu haben Sie gar nichts gesagt. Insofern würde ich die Frage konkret an Sie richten, ob wirklich Ihre gesamte Begründung für die Ablehnung auf dem Nebensatz in Zeile sieben des Antrags gründet und Sie sonst dazu inhaltlich überhaupt nichts beitragen wollen.

Bei der SPD-Fraktion ist mir nicht ganz klar geworden, ob Ihr Fokus, dass der Senat schon etwas tue, Ihre ganze Position zu dem Thema ist. Mich würde interessieren, ob Sie dazu noch mehr beizutragen haben.

Ansonsten hatte ich unsere Sympathie für den Antrag und für die Forderungen schon hinreichend klargemacht, und deswegen werden wir dem heute zustimmen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Bayram, bitte!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Weil wir hier im Integrationsausschuss sind, kann man bei einem flüchtlingspolitischen Thema mal was zur Integration sagen. Herr Dregger und Frau Harant!



Sie setzen eine Leitkultur voraus, bevor Menschen hier in ihrem gelernten Beruf eingesetzt werden können. Dagegen wehren wir uns entschieden. Es ist die Stärke des Antrags der Linken zu sagen: Wer kommt, bringt eine Kompetenz mit. Der Staat hat den Auftrag, die Barrieren abzubauen, damit diese Kompetenz für die gesamte Gesellschaft zur Verfügung steht. – Ehrlich gesagt, verstehe ich die SPD-Fraktion nicht, dass sie sich nach diesem Bericht zurücklehnt und sagt, der Senat mache das schon.

Für mich war der Bericht erschreckend, wie wenige Menschen überhaupt angesprochen werden. Seit zig Jahren findet in diesem Land Migration statt, und schon in der Vergangenheit hatten wir Probleme bei der Anerkennung der Migrantinnen und Migranten insbesondere aus der Türkei, um hier unterrichten zu können. Mein Vater war Lehrer, und schon in den Siebzigerjahren war das ein Thema, und dass wir heute nicht viel weiter sind, ist wirklich beschämend und zeigt, wo Integration aktuell in der Priorisierung dieses Senats liegt.

Führungszeugnisse sind nichts, was nur für Lehrerinnen und Lehrern oder Menschen, die in der Kinder- und Jugendhilfe oder -arbeit aktiv sind, erforderlich ist. Das ist auch in anderen Berufsfeldern so. Da müsste der Innensenator mal in die Puschen kommen. Man kann das nämlich auch anders prüfen, man kann sich das versichern lassen und das als eine Hürde abbauen. Aber wie dann derjenige, der hier aktiv sein will, der sein Leben starten will, sich aus Syrien, aus dem Kriegsgebiet, der vielleicht noch im Konflikt mit der Regierung war, bescheinigen lassen soll, dass er immer ganz lieb, nett und brav war, müssen Sie wirklich mal erklären; deswegen finde ich die Antwort unzureichend. Wer redet gerade darüber, wie diese Frage der Führungszeugnisse geklärt wird? Innerhalb des Senats, innerhalb der Integrations- oder der Innenverwaltung? Wo wird da geklärt? Die andere Frage ist: Was macht der Senat, insbesondere die Integrationssenatorin, aktiv, um die Hürden abzubauen? Darüber haben wir noch nichts gehört. Man kann es doch nicht davon abhängig machen, dass trotz all der nicht bestehenden Infrastruktur sich ein paar Leute immerhin so mutig an die Behörden gewandt und gesagt haben: Ja, ich kann das. Ich will das machen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Frau Dr. Czyborra, bitte!

**Dr. Ina Czyborra (SPD):** Vielleicht noch mal grundsätzlich: Wir haben es hier mit einem klassischen Zielkonflikt zu tun; ich glaube, darüber können wir uns verständigen. Wir wollen auf der einen Seite Menschen schnell in Arbeit bringen, auf der anderen Seite haben wir in dieser Gesellschaft sehr hohe Anforderungen, was die formale Qualifikation angeht. Wir sind sehr zertifikatorientiert unterwegs. Wir haben es gerade gestern bei der Überparteilichen Fraueninitiative gehört: Das ganze Thema deutscher Qualifikationsrahmen, europäischer Qualifikationsrahmen, was in diesem Zusammenhang mit informell erworbenen Qualifikation ist, ist ein ganz großes Frauenthema. Darüber reden wir.

Ich wundere mich aber, dass Vertreter der Fraktionen über ein möglichst lapidares Hinweggehen über formale Qualifikationsanforderungen reden – [Canan Bayram (GRÜNE): So ein Quatsch!] –, die in anderen Bereichen gegen jede Form von Quereinstieg polemisieren, wo es darum geht, ob wir Menschen, die nicht auf dem normalen Weg Qualifikationen erworben haben, in Schule, Kita usw. einsetzen können. Ich habe die Diskussion über die Frage gehabt, ob wir in unseren Kitas andere Menschen einsetzen können als welche, die eine volle Erziehungsbildung haben, zum Beispiel welche, die eine Ausbildung zur Kinderpflegerin haben. An diesem Thema arbeiten wir seit Jahren, und dazu kann ich nur sagen, ich höre ein ganz klares:

Das geht gar nicht, das ist Absenkung des Qualifikationsniveau – ganz knallhart aus diesen Kreisen. Das ist ein Zielkonflikt, den wir hier beschreiben müssen und uns darüber verständigen, ob wir das wollen oder nicht. Das betrifft ja nicht nur den Bereich Schule, Erziehung usw., das betrifft auch andere Bereiche. Zum Beispiel haben wir bei den Meistern extrem hohe Anforderungen an den Erwerb von Qualifikationen. Bevor mal offiziell einen Nagel in die Wand schlagen darf, muss man einiges hinter sich gebracht haben. – [Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)] – Genau! Ich sagte ja, deutscher Qualifikationsrahmen usw., das sind Zielkonflikte, über die wir uns verständigen müssen.

Ich finde es schwierig, dass hier geschrien wird: Integration, Integration! –, und im anderen Ausschuss: Aber wir müssen auf jeden Fall diese Anforderungen ganz hochhalten. – Das ist der Zielkonflikt, den wir haben und der in der Bildungsverwaltung gelöst werden muss. Die müssen die Konzepte weiterentwickelt, wie wir zu mehr Anerkennungen kommen. Wir wollen sicher zu mehr Anerkennungen kommen. Wie gesagt, wir sind hier relativ zertifikateorientiert unterwegs, und darüber müssen wir mal grundsätzlich reden, aber das können wir bei diesem Einzelpunkt nicht einfach beiseitelassen.

Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Bemühungen mit dem Anerkennungsgesetz usw. gestartet, um weiterzukommen, um zu mehr Anerkennung zu kommen und zu einer besseren Arbeitsmarktintegration. Wir wissen, dass das lange nicht ausreichend funktioniert hat, aber auf der anderen Seite haben wir Bürgerinnen und Bürger, die Eltern in den Kitas und Schulen, die sagen: Wir wollen aber, dass das Personal, das bei uns arbeitet und eingestellt ist, ein sehr hohes, auch formales Qualifikationsniveau hat. Dabei geht es nicht nur um die deutsche Sprache, sondern auch um ganz viele andere Dinge, die bei uns Bestandteil der Ausbildung sind und woanders vielleicht nicht, auf die wir aber viel Wert legen. Das heißt, es ist zu überprüfen, wenn jemand eine bestimmte Qualifikation vielleicht auch mit einem Zeugnis nachweist, was denn Bestandteil dieser Ausbildung gewesen ist, ob es das ist, was wir wollen, ob wir nachqualifizieren müssen und wie wir das tun. Das ist geboten, auch gegenüber den Eltern, die ihre Kinder diesen Kitas und Schulen anvertrauen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Wir sollten uns langsam der Abstimmung nähern, denn mir platzt sonst gleich die Hutschnur. Ich kann Ihre Grundhaltung überhaupt nicht nachvollziehen, und ich sage es jetzt: Ich finde, Sie haben eine zutiefst rassistische Grundhaltung. – [Zuruf von der SPD: Jetzt reicht es aber! – Weitere Zurufe] – Ich möchte das auch begründen, und dann können Sie sich alle dagegen wehren. – [Burgunde Grosse (SPD): Elke, so nicht!] –

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Frau Breitenbach, bitte! Das geht nicht! Wir haben hier einen gewissen Konsens. Wir haben auch den Konsens, dass wir nicht der Innenausschuss sind. Darauf muss ich die Herren dort hinten immer ein wenig hinweisen, allerdings ist es meistens sehr lustig gemeint. – Bitte machen Sie das nicht! – [Elke Breitenbach (LINKE): Darf ich weiterreden?] – Sie dürfen weiterreden, aber bitte lassen Sie das Wort, dass der Kollege oder die Kollegen – eine ganze Fraktion haben Sie, glaube ich, adressiert – [Elke Breitenbach (LINKE): Zwei!] – eine rassistische Grundhaltung hätten. Wir kommen so nicht weiter. Bitte, Frau Breitenbach! Umschreiben Sie es. Ich bitte Sie!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Ehrlich gesagt, was soll ich das denn jetzt umschreiben? Dann klingt es schöner. Jetzt können Sie sagen, das sei unparlamentarisch. Dann entschuldige ich mich für den unparlamentarischen Ausdruck, aber wie umschreibt man denn rassistisches Gedankengut? Keine Ahnung, ich weiß nicht wie. – [Monika Thamm (CDU): Jetzt ist aber Feierabend! Das verbitte ich mir!] – Frau Thamm! Ich habe das nicht auf Ihre Person bezogen, sondern auf diese Äußerungen, die hier gemacht wurden. Sie, Frau Thamm, hatten sich überhaupt nicht zu Wort gemeldet. – [Zurufe von Monika Thamm (CDU) und Hakan Taş (LINKE)] – Ich habe mich auf diese Äußerung bezogen, und ich möchte jetzt begründen, was mich daran stört und warum ich es mit diesem Wort, das ich nicht sagen darf, bezeichne.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Genau! Wir hatten uns mal darauf geeinigt, dass wir so nicht miteinander umgehen und bestimmte Worte nicht verwenden. – [Joachim Luchterhand (CDU): Dreimal gesagt!] – Ja, das haben wir jetzt dreimal gesagt, das ist so, ich habe es auch dreimal gesagt, dass ich das aus dem Grund der unparlamentarischen Rede nicht hören möchte. Das weiß Frau Breitenbach. Sie ist viel länger im Abgeordnetenhaus als ich. Deshalb bitte ich Sie: Versachlichen Sie das bitte! – Vielen Dank, Frau Breitenbach! Jetzt haben Sie selbstverständlich das Wort und dürfen reden. – Bitte schön!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Sehr schön! – Diejenigen aus der SPD- und der CDU-Fraktion, die sich hier geäußert haben, gehen automatisch davon aus, dass es in diesem Land per se eine weitaus bessere Bildung und Ausbildung gibt als in anderen Ländern. – [Kirsten Flesch (SPD): Das hat kein Mensch gesagt!] – Jetzt können alle sagen: Hat kein Mensch gesagt –, dann gucken wir alle mal ins Protokoll. Ich höre solche Sätze wie, dass man ausgesprochen hohe Anforderungen habe. Aber hallo! In diesem Antrag geht es darum, Hürden abzubauen. Warum der Abbau von Hürden automatisch mit dem Abbau von Qualitätsanforderungen gleichgesetzt wird, erschließt sich mir nicht. Es erschließt sich mir nur dann, wenn man davon ausgeht, dass wir per se eine bessere Ausbildung haben. Ich hatte gesagt, wie ich das finde: sehr problematisch.

Um zu dem Antrag zurückzukommen, über den wir gleich abstimmen werden: Ich habe das Gefühl, dass die Koalition ihn nicht gelesen hat. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt und welche geschaffen werden können, damit Flüchtlinge und Asylsuchende mit einer pädagogischen Qualifikation schnellstmöglich, zu den schon genannten Bereichen einen Zugang haben und dort zu arbeiten. Es geht darum zu prüfen, deshalb verstehe ich Ihre Aufregung und Ihre Abwehr überhaupt nicht. Der Senat wird es prüfen und uns berichten. Dann kann man gucken, zu welchem Ergebnis der Senat gekommen ist. Sie sagen, das gehe alles überhaupt nicht, da werde Qualität abgebaut, aber Sie sagen an keinem Punkt, was man machen sollte, um Hürden abzubauen und trotzdem Qualität zu erhalten, um endlich darauf einzugehen, wie die Gesellschaft dieser Stadt ist: vielfältig und bunt. – So müssen auch diejenigen sein, die in diesen Bereichen arbeiten.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Das ist doch super gegangen, ohne das Wort. – Herr Dregger, bitte sehr!

**Burkard Dregger (CDU):** Herzlichen Dank! – Ich wollte noch mal deutlich machen, dass das, was ich angemerkt habe, nicht nur für Willkommensklassen, sondern in gleicher Weise für die Kitas gilt. Ich glaube, das habe ich vorhin deutlich gemacht, Herr Reinhardt. – [Zuruf von Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Sie haben vorhin bemängelt, ich hätte mich nur zu Will-

kommensklassen geäußert. Das, was ich gesagt habe, gilt genauso für Kitas. Warum? – Weil ein wesentlicher Auftrag der Kitas ist, Sprachdefizite bei Kindern abzustellen. Deswegen kommen wir nicht über dieses Thema hinaus. Mir ist völlig unbegreiflich, Frau Kollegin Bayram, wie Sie das Eintreten für einen guten deutschen Sprachunterricht als Rassismus bezeichnen können. Sie haben nicht „Rassismus“ gesagt, sondern „Leitkultur“. Das ist mir völlig unbegreiflich. Wenn Sie die deutsche Sprache nicht zum Teil unserer Kultur und Bestandteil unseres gesellschaftlichen Funktionierens erklären und allen nicht die Gelegenheit geben wollen, sie zu erleben, insbesondere den Kindern in den Willkommensklassen in Kitas, dann kann dieses Land nicht funktionieren. Deswegen ist es völliger Unsinn, dass Sie diese Diskussion in einer Weise eskalieren, dass Sie mit Leitkulturdebatten anfangen wollen. Das ist einfach Schwachsinn, das ist Quatsch. Es geht darum, dass die Kinder in den Willkommensklassen in Kitas anständig Deutsch lernen können, damit sie für ihr Leben in Deutschland befähigt sind. Wenn Sie Vorschläge unterbreiten, die dem entgegenstehen, dann müssen Sie mir erlauben, mich dagegen zu verwahren. Sie bezeichnen das als Inaktivität. Aktivität, die dazu führt, Unsinn zu beschließen, mache ich nicht mit. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. – Danke schön!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Banger, bitte sehr!

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Herr Dregger! Der Antrag fordert nicht, dass das Personal in den Kitas komplett ausgetauscht wird. Sie tun gerade so, als wenn die Forderung wäre, das Personal komplett mit Menschen auszutauschen, die der deutschen Sprache noch nicht richtig oder überhaupt nicht mächtig sind.

Wie die Emotionen in der Diskussion hochkochen, zeigt, wie überfordert etliche hier mit der Integration von geflüchteten Menschen sind. Das macht mir ein bisschen Angst, weil wir erst ganz am Anfang stehen. Wenn jetzt schon solche Abwehrmechanismen da sind und keine Offenheit, auch mal andere Wege, unbürokratischere Wege, zu gehen und zu schauen, wie man bestimmte Probleme schnell lösen kann – –

Ich komme noch mal zu dem polizeilichen Führungszeugnis: Ich glaube, Sie haben noch nicht verstanden, wo das Problem genau liegt. Momentan ist es so: Egal, was für Qualifikationen die Menschen haben, sie können, wenn sie bei einem Träger sind, Deutsch lernen, sie können keine Praktika in der Kita, in der Schule, im Pflegebereich machen. Das können sie einfach nicht. Damit schließen wir gerade die Bereiche aus, in die wir die Leute qualifizieren wollen, weil wir dort einen exorbitanten Fachkräftemangel haben. Es muss doch möglich sein, irgendein Ersatzinstrument zu etablieren, damit die Leute wenigstens ein Praktikum machen können und wir sie Stück für Stück auf den Bereich vorbereiten können. Deshalb bitte ich Sie dringend, das ernst zu nehmen, denn die Träger, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen durchführen – Kitaassistenten, Pflegeassistenten, da können Sie mit Ihren Qualifikationen wegbleiben –, kommen für diese Menschen allein durch die Tatsache nicht infrage, dass sie kein polizeiliches Führungszeugnis haben. Ich plädiere noch einmal dafür, solche Hemmnisse zu beseitigen und einen Schritt weiterzugehen. Dann kommen wir weiter und müssen uns alle nicht so aufregen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Frau Grosse, bitte!

**Burgunde Grosse (SPD):** Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich verstehe erstens die Aufregung nicht, wenn wir gegen diesen Antrag sprechen, muss ich ganz ehrlich sagen, und ich verstehe nicht, wie ich den Antrag verstehen soll, liebe Elke. Wie sollen die Menschen bezahlt werden? Wie ist die Qualifikation? Wie sollen das einfach öffnen und Standards runterfahren. – [Elke Breitenbach (LINKE): Nein, das steht nicht drin!] – Natürlich steht das drin. – [Elke Breitenbach (LINKE): Wo denn?] – Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, damit sie „schnellstens in der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ... beruflich tätig werden können.“ Von einem Abschluss steht nichts drin. Ich weiß nicht, wie du es begründen willst, dass wir Menschen in die Kitas und Schulen schicken, die weder einen Abschluss noch Fähigkeiten haben, die die anderen nachweisen müssen, um dort zu arbeiten und wie die bezahlt werden sollen. Du bist doch Gewerkschafterin. Wie willst du denn das begründen? Willst du einen Billigsektor aufmachen? Ich verstehe wirklich nicht, was dieser Antrag von dir soll, das muss ich dir ganz ehrlich sagen. Oder ist das einfach nur ein Schaufensterantrag?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Dr. Czyborra!

**Dr. Ina Czyborra (SPD):** Niemand hat behauptet, dass Ausbildung im Ausland grundsätzlich geringwertiger ist als in Deutschland, aber wir machen doch genau solche Geschichten, wie den Europäischen Qualifikationsrahmen, um Abschlüsse vergleichbar zu machen, um zu gucken: Wer lernt wo was? – und um es transparent zu machen, damit ich weiß, wenn ich Menschen einstelle, was sie gelernt haben, was sie vielleicht noch nicht gelernt haben und wo ich sie nachqualifizieren muss. Ich bin absoluter Fan von Quereinstieg, von Wiedereinstieg, von Nachqualifikation, von Learning on the Job usw. Bloß muss transparent, nachvollziehbar und klar sein, was da ist und was nicht. Wie gesagt, es geht überhaupt nicht darum, ob grundsätzlich im Ausland geringerwertige Qualifikationen erworben werden. Die sind im Zweifel anders. Vielleicht sind sie auch besser, aber sie sind im Zweifel anders, und wir müssen wissen, was gelernt worden ist, und wir müssen es vergleichbar und transparent machen. Dass wir noch einiges an Arbeit vor uns haben und es noch die eine oder andere Hürde gibt, die wir vielleicht beseitigen können, dass wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch ganz entspannt darüber reden sollten, ob das, was wir an formaler Qualifikation fordern, immer das Gelbe vom Ei ist oder worüber wir vielleicht mal reden können, dem hat hier niemand widersprochen.

Ich habe bloß gesagt, dass wir einen Zielkonflikt haben. Die Bildungsverwaltung tut im Augenblick wirklich sehr viel, um diesen Themen gerecht zu werden, auf der einen Seite den Anforderungen. Wenn wir sagen, wir stellen nur ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher mit einem bestimmten Zeugnis in der Kita ein, dann ist das eine Entscheidung, die so getroffen wurde. Darüber kann sich die Bildungsverwaltung nicht hinwegsetzen und sagen: Ach, jetzt haben wir eine andere Situation, jetzt machen wir das mal anders. – Darüber muss im Bildungs-, im Jugendbereich geredet werden, ob man da vielleicht etwas öffnen will. Das wird vielleicht getan. Ich hatte nur darauf hingewiesen, dass es zum Beispiel bei der Fraktion der Grünen Leute gibt, die genau dem im Bildungsbereich widersprechen und das dort überhaupt nicht wollen. Ich habe selbst Gespräche geführt.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke! – Herr Reinhardt, bitte!

**Fabio Reinhardt (PIRATEN):** Vielen Dank! – Erstens will hier niemand irgendwen völlig ohne Qualifikation irgendwo hinschicken, das steht in diesem Antrag nicht drin, sondern es steht drin, dass geguckt werden soll, wie es gemacht werden kann, dass Asylsuchende mit – und das ist der Unterschied zum Wort „ohne“ – einer pädagogischen Qualifikation schnellstens beruflich in den genannten Einrichtungen tätig werden können. Übrigens ist das ein Prüfauftrag. Das heißt, wenn dabei am Ende herauskommt, dass es nicht geht oder dass es zu Lohndumping führen würde, könnte auch das das Ergebnis eines Prüfauftrags sein. Hier wird niemandem die Butter vom Brot genommen. Sie haben in der aktuellen Legislaturperiode dutzendfach Prüfaufträge, leicht umformuliert, angenommen. Sie haben Anträge dieser Art, die niemandem wehtun, schon dutzendfach angenommen. Insofern erschließt sich mir das nicht.

Frau Burgunde Grosse! Ich kann es mir leider nicht verkneifen: Wenn Sie Fragen zu so einem Antrag haben, weil Sie es nicht verstehen oder es nicht eingängig ist – das ist alles nachvollziehbar –: Die E-Mailadresse meiner Kollegin Breitenbach lautet breitenbach@linksfraktion-berlin.de. Man kann sie anschreiben und fragen. – [Burgunde Grosse (SPD): Schlaumeier!] – Auch die Handynummer gibt sie gern heraus. – [Ulker Radziwill (SPD): Die hat Frau Grosse schon!] – Sie haben gesagt, es erschließt sich Ihnen nicht. So was kann man im Ausschuss klären, aber man kann es auch vor der Ausschusssitzung klären. Das machen Sie sonst auch mit Ihren Kollegen.

Zweitens: Herr Kollege Dregger! Der einzige und entscheidende Punkt in Ihrem ersten Redebeitrag, warum das alles nicht ginge, war: Willkommensklassen haben den einzigen Zweck, dass die Kinder Deutsch lernen. – Das haben Sie so gesagt. Deswegen gehe es nicht, dass man diesen Antrag annimmt, denn man könne keine Geflüchteten einstellen, die noch nicht so gut Deutsch können. Der einzige Grund für die Willkommensklassen sei, dass die Kinder Deutsch lernen. – Man kann darüber sprechen, ob es nicht noch andere Gründe gibt, dass Kinder zum Beispiel zur Schule gehen, weil es dort eine Gemeinschaft gibt, weil dort bestimmte soziale Qualifikationen vermittelt werden usw. Gerade, was die Kitas angeht: Es ist doch nicht der einzige bzw. Hauptzweck, dass die Kinder dort Deutsch lernen. – Die gehen doch aus den verschiedensten Gründen in Kitas, und dort können die vielen Fähigkeiten und Qualifikationen, die Geflüchtete mitbringen, eingesetzt werden. Ehrlich gesagt, müsste für meine zukünftigen Kinder ein Kitabetreuer nicht perfekt Deutsch können. – [Lachen von Burgunde Grosse (SPD)] – Es ist schön, wenn jemand gut Deutsch kann, aber das ist doch nicht das absolut Entscheidende und Wichtigste. – Das soll geprüft werden. Das, was Sie jetzt gesagt haben, widerspricht nicht der Annahme dieses Antrags. Den können Sie trotzdem annehmen.

Dritter Punkt: Ich finde den Ablauf hier tatsächlich ein bisschen sonderbar. Meine Kollegin Breitenbach und andere Ausschussmitglieder haben eine sehr grundsätzliche Verweigerungshaltung festgestellt, auch anders begründet. Das kann man so sehen, das kann man aber auch anders sehen. Das so zu konstatieren und daraus bestimmte Ressentiments, die in einer rassistischen Grundhaltung gipfeln – [Monika Thamm (CDU): Geht das jetzt schon wieder los?] –, hier festzustellen, finde ich eine legitime Meinungsäußerung, wenn sie begründet wird und wenn sie in einem klaren Kontext zum Antrag steht und hergeleitet wird.

Ich würde mich dafür aussprechen, dass wir von diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellen. Dann können wir alle noch mal nachlesen, ob etwas in diesem Kontext geäußert wurde. Dann kann jeder sagen: Nein, das stimmt auf keinen Fall – oder: Es war doch eine

bestimmte menschenfeindliche Grundhaltung festzustellen. – Dann kann man sich im Nachgang noch mal darüber unterhalten.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Noch einmal kurz der Hinweis auch an Sie: Wir hatten uns darauf geeinigt, „rassistisch“ nicht als Anklage zu bringen. Doch, darauf haben wir uns in diesem Ausschuss geeinigt. Das ist eine unparlamentarische Rede, die wir vermeiden wollen. Fakt ist: Sie haben ein Wortprotokoll beantragt, in dem man alles noch mal nachlesen kann. Dann machen wir das so, ich sehe Nicken. Das ist nachträglich zwar schwierig, aber wir machen es. – [Zurufe] – Ich dachte, wir könnten das so machen, aber wenn darüber diskutiert wird, werden wir jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass von dieser Sitzung ein Wortprotokoll angefertigt wird, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön! Wer stimmt dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen und Die Linke. – Piraten, SPD und CDU sind dafür. Danke schön! – Frau Bayram!

**Canan Bayram** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Da ich persönlich angesprochen wurde, will ich erklären, welche Muster hier abgehen, die man natürlich auch in bestimmten Zusammenhängen zumindest als ressentimentgeladen verstehen kann. – Ich will jetzt nicht schon wieder irgendeine Schreierei und habe das deswegen etwas vorsichtiger formuliert. – Der Punkt ist: Es ist ein Antrag, in dem keine, noch nicht einmal eine minimale Abweichung von den gesetzlichen Vorgaben gefordert wird. Es ist ein Antrag, in dem aufgefordert wird, zu prüfen. Und dann haben wir Wortmeldungen, in denen Menschen etwas einfordern. Ich fange mal mit Frau Czyborra an: Frau Czyborra! Es stimmt einfach, was Sie hier in den Raum geworfen haben, dass meine Fraktion in anderen Ausschüssen irgendetwas anderes behaupten würde, denn wir sagen, dass es Qualitätsstandards braucht, aber wir sagen auch, dass die Diskriminierung beim Zugang, insbesondere bei der Anerkennung, abgebaut werden muss. Es ist ein bisschen albern, als Mitglied einer Koalitionsfraktion so zu tun, als ob wir Sie immer vom Handeln abhalten würden. Bei aller Ehre, die Sie unseren Beiträgen zukommen lassen wollen: Das ist ein vergiftetes Lob. Deswegen: Wenn Sie da irgendwie tatkräftig etwas ändern wollen, dann machen Sie es ruhig; wir unterstützen Sie eher darin.

Der Punkt ist jedoch, liebe Frau Kollegin Czyborra, dass in Ihrem Kopf auch das Bild existiert: Wenn wir die zulassen, dann sind das diejenigen, die weniger qualifiziert sind, und das hat zumindest das Geschmäckle eines Ressentiments. Und ähnlich verhält es sich mit den teilweise wortgleichen Ausführungen von Frau Kollegin Harant und Herrn Dregger. Anständiges Deutsch muss da gesprochen werden, denn das unanständige Deutsch gehört eh nicht in die Kita. Da fragt man sich: Wie wird denn da unanständig Deutsch gesprochen? Da steht dann ein bisschen der Verdacht im Raum: Unsereins, die später deutsch Gewordenen, die Zugewogenen oder wie immer man die Leute heute nennt, tun sich schwer mit dem „anständigen“ Deutsch. Das Spannende daran ist, dass das eigentlich immer nur diskutiert wird, wenn es um Türkisch oder Arabisch geht. Bei Englisch, Französisch oder Spanisch haben wir Kitas, die bilingual ausgerichtet sind. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Meine Tochter war in einer englisch-deutschen bilingualen Kita für. Die Muttersprachlerinnen, die dort Englisch gesprochen haben, waren nicht gezwungen, Deutsch zu sprechen. – [Zuruf: Genau!] – Ja, dann denken Sie doch mal darüber nach, was Sie hier verzapfen, wenn das in Berlin Realität sein kann. – [Burgunde Grosse (SPD): Darum geht es ja gar nicht] – Ja, doch! Das ist das, was in dem Antrag steht. – [Weitere Zurufe] – Na gut, ich bin ja noch dran!

Deswegen bitte ich die Kolleginnen und Kollegen darüber nachzudenken, ob sie nicht immer noch einer völlig überholten, unsinnigen Leitkultur hinterherlaufen und deswegen Gefahr laufen, stigmatisierende Bilder von Migrantinnen und Migranten in den Raum zu stellen und damit Ressentiments zu schüren. Das könnte einem auch alles egal sein, wenn Sie nicht Abgeordnete und in einer Position wären, in der Sie Verantwortung haben. Wenn unsere offene Gesellschaft aber weiterhin funktionieren soll und es auch funktionieren soll, die gesamte Stadt davon zu überzeugen, dass wir uns in Zukunft als Einwanderungsstadt oder als Stadt, in der Integration gelingt, behaupten wollen, dann muss es doch erst mal zwingend einen Grundkonsens geben, dass alle Menschen gleich sind und auch ihre Bildungsabschlüsse gleichwertig sind. Da setzt der Antrag moderat und vorsichtig einen Schritt auf dem Weg dahin, dass wir uns in diesem Bereich internationaler und besser aufstellen. Wie gesagt: Denken Sie noch einmal darüber nach, wieso Mehrsprachigkeit und anständige Deutschkenntnisse – die unanständigen wollen wir nicht – erforderlich gemacht werden! Und auch an den Schulen ist es so, dass wir immer mehr bilinguale Schulen haben. Da stellt sich die Frage: Worum geht



es Ihnen eigentlich? – Da müssen wir auch über das Thema Rassismus reden, aber erst dann, wenn es als angemeldeter Punkt auf der Tagesordnung steht.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Und nicht als Anklage gegen Kolleginnen und Kollegen. – Kurz zum Zeitmanagement: Wir haben jetzt noch vier Minuten Zeit bis zur Unterbrechung. Bis dahin möchte ich gern über den Antrag abgestimmt haben. – Jetzt sind Frau Dr. Czyborra und Frau Breitenbach dran. Ich bitte Sie, sich kurzzufassen und nur noch zum Wesentlichen zu kommen. – Danke schön! – Bitte, Frau Breitenbach!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Auf die Fragen von Burgunde Grosse: Der Antrag war tatsächlich nicht als Schaufensterantrag gedacht, und deshalb steht dort, es soll geprüft werden, wie Hürden abgebaut werden können. Dort steht nicht – dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen, die schon darauf hingewiesen haben –, dass die Voraussetzung ist, dass kein Wort Deutsch gesprochen wird, und dort steht auch nicht, dass die Voraussetzung ist, dass keine Qualifikation mitgebracht wird, sondern es geht um Qualifikation.

Jetzt kommt etwas, liebe Burgunde Grosse, was sich die SPD möglicherweise gar nicht vorstellen kann, weil sie noch nie in der Opposition war: Als Opposition hat man keine Verwaltung, die man irgendwie anzapfen kann. Von daher kann ich heute keine Auskunft darüber geben – ich hatte versucht, das abzufragen –, welche Qualifikationen vorhanden sind und wie diese bezahlt werden. Ich kann nur sagen: Wenn man Qualifikationen erfasst hat, dann werden sie entsprechend den tariflichen Vergütungen bezahlt, das wissen wir beide. Ich kann dazu keine Auskunft geben. Dafür gibt es tatsächlich Verwaltungen oder andere Behörden, die so etwas erfassen, aber das sind nicht die Oppositionsparteien. Das sollte kein Schaufensterantrag sein.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke! – Frau Dr. Czyborra, kurz, bitte!

**Dr. Ina Czyborra (SPD):** Nur die eine Bemerkung: In dem Teil der Stadt, aus dem ich komme, ist es ein bisschen Mode, Kinder zum Beispiel in rein englischsprachige Kindergärten zu schicken. Da kommt immer wieder die Anforderung: Wir möchten Erzieherinnen und Erzieher einstellen dürfen, die eine rein englischsprachige Qualifikation im Ausland erworben haben. Wir dürfen das nicht, und das finden wir nicht gut. Das wird immer mal wieder an mich herangetragen. Also, da haben wir das gleiche Problem mit der Anerkennung wie die Menschen, die aus anderen Regionen der Erde kommen und andere Sprachen sprechen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Bitte, Frau Senatorin, Sie haben das Wort!

**Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Vielen herzlichen Dank! – Ich wollte als Ergänzung zu den bisherigen Antworten noch einige kurze Hinweise geben: Es muss das Ziel sein, dass auch geflüchtete Menschen, die eine sozialpädagogische Vorbildung haben, als Fachkräfte in den Kitas arbeiten können. Ich glaube, an diesem Ziel halten alle hier fest. Unbenommen brauchen wir auch die Kompetenz dieser Menschen, die zu uns flüchten und eine Vorbildung mitbringen. Wir wissen aber, dass die Gleichwertigkeitsanerkennung in Deutschland nicht so einfach ist, aber es stehen viele Wege offen, was ich noch einmal unterstreichen will. Die geflüchteten Menschen haben die Möglichkeit, erst einmal in die Ausbildung bzw. zur Fachschule zu gehen und einen Abschluss zu machen, und sie haben die Möglichkeit, den Weg als Quereinsteiger zu gehen. Die geflüchteten Menschen haben außerdem die

Möglichkeit, schon mal als Fachkräfte in eine Beschäftigung in einer Kita zu gehen, um dort berufsbegleitend ihren Abschluss zu machen.

Darüber hinaus – Sie kennen das aus dem Parlament – gibt es eine zweijährige Ausbildung zur Sozialassistentin. Dort bekämen die Flüchtlinge ebenfalls die Möglichkeit, während ihrer Ausbildung gleich den Realschulabschluss mitzumachen, um somit den Weg in die Ausbildung als Erzieherin/Erzieher zu gehen. Ich zähle diese Dinge deshalb auf, weil es verschiedene Wege gibt, dass Flüchtlinge den Weg als Erzieherin/Erzieher in unsere Kitas schaffen. Es kann nicht von einer Diskriminierung die Rede sein, sondern das sind die normalen Wege, die auch Flüchtlingen offenstehen. – [Sabine Bangert (GRÜNE): Nicht ohne polizeiliches Führungszeugnis!] –

Zur Sprache möchte ich darauf hinweisen – das wurde in den Diskussionen so erörtert als wäre es nicht möglich –, dass es in den bilingualen Kitas schon heute die Möglichkeit gibt, mit einem B2-Sprachniveau mit einer Fortbildungsaufgabe beschäftigt zu sein. Wir wollen jedoch nicht, dass Flüchtlinge nur in bilingualen Kitas arbeiten. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ist so etwas anständig oder unanständig?] – B2 ist wichtig, denn die geflüchteten Menschen, die dann in bilingualen Kitas arbeiten, müssen sich auch mit dem Team verständigen. Sie sind in einem Betrieb tätig, in dem man die deutsche Sprache und für die bilinguale Erziehung die Muttersprache braucht. Insofern gibt es diesen Weg, was ich an dieser Stelle unterstreichen möchte.

Für das Ziel, dass Geflüchtete in allen Kitas beschäftigt sind, ist die deutsche Sprache schon von Bedeutung, wenn es nicht für diesen eingegrenzten Bereich bilinguale Kitas geht. Sprache und Arbeitsmarktintegration sind große Themen. Es gibt in der Tat Tätigkeiten, bei denen man die deutsche Sprache weniger braucht. Es ist etwas anderes, ob jemand Autos wäscht oder sozialpädagogisch arbeitet. Insofern halte ich es für richtig, dass für die Beschäftigung in einer nicht bilingualen Kita der Spracherwerb eine wichtige Voraussetzung ist, aber auch die Anerkennung der Qualifikationen. – [Sabine Bangert (GRÜNE): Führungszeugnis!] – Es sind alle Wege, die es in Berlin gibt, mit allen Möglichkeiten offen.

Wenn im Anerkennungsverfahren festgestellt wird, dass eine Nachqualifikation erforderlich ist – im sozialpädagogischen Bereich ist das zum Beispiel der Bereich Recht –, dann stehen alle Möglichkeiten offen, diese Nachqualifikation im Rahmen unserer Programme zu gewährleisten. Also, alle Wege sind offen, und wenn die Fälle, die bekannt geworden sind, momentan als sehr gering beziffert sind – – [Zuruf: Nein, nein!] – Wir sitzen hier für den Senat, und Sie haben dazu auch schon einiges vom Senat gehört. – [Sabine Bangert (GRÜNE): Nein, Sie haben nicht gesagt, wie Sie die Probleme lösen wollen! Ich habe dreimal nachgefragt! Wenn Sie permanent erzählen, dass die Wege offenstehen, das stimmt nicht, weil sie ohne Führungszeugnis nicht offenstehen!] – Sie können hier auch fiktive Fälle aufrufen und sich darüber aufregen. Wir haben heute gehört, dass es diese Anerkennungsfälle in dieser Stadt gar nicht gibt, das ist das Grundproblem. Also, wir haben keine fünf Fälle, die am Führungszeugnis scheiterten. Das ist der Verwaltung nicht bekannt, das haben Sie vorhin gehört, aber trotzdem nehmen wir diesen Sachverhalt mit. Ich habe die Kollegin von der Bildungsverwaltung so verstanden, dass wir diese Problematik mitnehmen. Viel wichtiger ist jedoch, dass wir die Personen, die zu uns flüchten und eine sozialpädagogische Vorbildung haben, erst einmal identifizieren. Und dann gehen wir mit Ihnen die verschiedenen Wege, die ich vorhin aufgezählt habe – es gibt ja viele Möglichkeiten – begleitend.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke! – Frau Stichling! Können Sie uns noch kurz aufklären, wie weit wir mit den polizeilichen Führungszeugnissen sind? Sie haben von verschiedenen Stellen gehört, dass wir schon einige Jahre daran sitzen. Können Sie uns dazu noch etwas sagen? – Bitte, Sie haben das Wort! Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen.

**Medi Marion Stichling** (SenBildJugWiss): Ich habe vorhin gesagt, wir sind dabei, das zu klären, Zugang ohne Führungszeugnis oder wie auch immer das gelöst werden kann. Ich kann Ihnen im Moment nichts weiter dazu sagen. Auf jeden Fall werden wir das klären. – [Canan Bayram (GRÜNE): Sind Sie zuständig, oder ist die Innenverwaltung zuständig? Wer ist zuständig?] – Wir sind die Fachverwaltung. Es ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz, in dem der Zugang über die persönliche Eignung festgelegt ist, und diese wird mit dem Führungszeugnis geprüft. Wir müssen gucken, wie wir das lösen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann ich Ihnen nichts dazu sagen, aber es muss eine Lösung gefunden werden, das ist klar. – [Zurufe] – Danke sehr!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Wir nehmen das mit und wissen, dass es keine Lösung gibt. So steht es dann auch im Protokoll, das wir alle nachlesen können. Ich nehme an, dass sich daraus dann neue Anträge ergeben werden.

Wir sind jetzt fast am Ende des Tagesordnungspunkts 2 und kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Mir liegen keine Änderungsanträge vor, das heißt, wir stimmen über den Antrag – Drucksache 17/2268 – ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Piraten und die Grünen, vielen Dank! Wer stimmt dagegen? – Das sind die SPD und die CDU. Wer enthält sich? – Niemand! Damit hat dieser Antrag keine Mehrheit. – Die Linke hat nicht an der Abstimmung teilgenommen, aber ich weiß nicht, warum. – [Elke Breitenbach (LINKE): Herr Taş hat teilgenommen!] – Entschuldigung! Das habe ich nicht gesehen. Ich werte das als Zustimmung zu Ihrem eigenen Antrag, aber trotzdem hat dieser keine Mehrheit gefunden. Das wird so an den federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie weitergegeben.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**10 Jahre -Berlin braucht Dich-**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0200](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Arbeit der Anlaufstelle für europäische  
Wanderarbeiter und Roma in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0151](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Islamische Friedensrichter**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0038](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**zum Entwurf einer integrierten Armuts- und  
Sozialberichterstattung der Landesarmutskonferenz  
Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0155](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Wie weiter mit der Werkstatt der Kulturen?**  
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0197](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Entwicklung von Eckpunkten für ein Konzept zur  
Demokratieförderung in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0202](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses  
Bericht SenArbIntFrau – III B – vom 19.11.2015  
Rote Nummer 1142 E  
**Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma  
Problematik der unseriösen Vermietungspraktiken  
und sog. „Schrottimmobilien“ sowie  
Instrumentarien zur Behebung der Missstände  
– Vertraulich –**

[0237](#)  
ArbIntFrau

– nichtöffentlich –

Siehe nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.